

Minijobs, Leiharbeit, Karg-Rente und Armut

Soziale Wahl-Themen standen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten

Über die Ergebnisse der großen IG Metall-Befragung „Arbeit: Sicher und fair!“ diskutierten die Bundestagskandidaten des Wahlkreises Calw/Freudenstadt und der IG Metall-Vorstand Dr. Hans-Jürgen Urban im Bürger-saal Farrenstall in Dornhan.

MONIKA SCHWARZ

Kreis **Freudenstadt/Dornhan.** Hans-Joachim Fuchtel (CDU) hatte sich entschuldigt (wir berichteten). „Es gibt bequemere Termine als diesen“, meinte der 1. Bevollmächtigte der Gewerkschaft, Reiner Neumeister, dazu. Gemeinsam mit Gewerkschaftssekretärin Dorothee Diehm präsentierte er die Ergebnisse der Befragung und bot damit die Grundlage für die anschließende Diskussion, moderiert von Dr. Alexander Dambach vom SWR.

Es ging um die drei Themenfelder Arbeitsmarktsituation, Rente mit 67 sowie Eurokrise und Steuerpolitik. Sichere Arbeit und ausreichendes Einkommen stehen für die Beschäftigten ganz oben. Saskia Esken (SPD) erinnerte daran, dass Leiharbeit eingeführt wurde, um Auftragsspitzen abzudecken. Die heutige Praxis der Leiharbeit

sei ein Mißbrauch, den man unbedingt beseitigen müsse. Auch sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen seien nicht in Ordnung. Dass darüber hinaus nur ein Fünftel der Minijobber Leistungen wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bekommen, sei sowieso eine „Riesensauerei“.

Dietmar Lust (Grüne) bezeichnete die Leiharbeit als Ausbeutung. Minijob heiße auch Minirente und damit Altersarmut. Reinhard Günther (FDP) widersprach. Leiharbeit sei keine Ausbeutung, sondern entspreche den in größeren Betrieben üblichen Springern, die in aller Regel sogar mehr verdienen als jene am festen Arbeitsplatz. Zahle man Leiharbeitern mehr, werde automatisch diese Arbeitsform begrenzt. Nicht richtig sei es aber, Vollzeitstellen in Minijobs zu zerlegen, da mache die FDP auch nicht mit. Günther kritisierte auch die Praxis des „Outsourcing“ ganzer Abteilungen, die dann über Werkverträge wieder zurück in die Firma geholt werden. „Das lehne ich strikt ab.“

Franz Groll (Linke) stellte das Instrument der Leiharbeit heftig in Frage. Um Spitzen abzudecken, könnten Großbetriebe Umschichtungen vornehmen. Die Wirtschaft

in Deutschland habe 50 Jahre lang auch ohne Leiharbeit bestens funktioniert. Und wenn schon Leiharbeit, dann nur mit besserer Bezahlung. Minijobs sollten so schnell wie möglich wieder abgeschafft werden.

Für Hans-Jürgen Urban von der IG Metall ist gute Arbeit „tarifvertraglich geschützt, sozialversicherungspflichtig, und sie steht unter dem Schutz von starken Betriebsräten und Tarifverträgen“. Leiharbeit dürfe es nur in ganz konkreten Ausnahmefällen geben und nur bei Wahrung des Grundsatzes gleiche Arbeit = gleicher Lohn. Sie müsse komplett unter den Schutz der Tarifverträge gestellt werden.

Saskia Esken sprach sich für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro aus und stimmt darin mit Dietmar Lust überein. Franz Groll forderte zehn Euro, Reinhard Günther setzt statt dessen auf einen „branchenorientierten und regional orientierten“ Mindestlohn. Er ist generell gegen das gesetzliche Festschreiben von Löhnen, da seien die Tarifpartner gefordert.

Auch Dr. Hans-Jürgen Urban ist für einen Mindestlohn, der sich im Falle von Tarifverträgen an der jeweils unteren Lohngruppe orien-



Argumente-Austausch der Bundestagskandidaten im Wahlkreis Calw/Freudenstadt (von links): Franz Groll (Linke), Reinhard Günther (FDP), Dietmar Lust (Grüne) und Saskia Esken (SPD).
Bilder: mos

tieren müsse. Gebe es ihn, müsse er per Kommission auch dynamisiert werden.

Beim Rententhema glaubt laut Umfrage nur ein knappes Drittel der Befragten, bis zum regulären Renteneintritt im Arbeitsleben bleiben zu können. Nur vier Pro-

zent gehen davon aus, von der gesetzlichen Rente gut leben zu können. Linke-Kandidat Groll plädierte passend dazu gegen eine Rente mit 67. Die mache schon deshalb keinen Sinn, weil viele junge Leute ohne Job seien. „Das ist doch Rentenkürzung durch die Hintertür“, so Groll. Für ihn ist es ein klarer Fehler gewesen, das Rentenniveau abzusinken und private Vorsorge staatlich zu fördern. Reinhard Günther glaubt, dass das Festlegen von Lohn- und Arbeitsbedingungen Sache der Gewerkschaften ist –

„da kann die Politik überhaupt nichts tun“. Die FDP plädierte dafür, dass jeder dann in Rente geht, wenn er das für richtig hält. Er selbst sei 69 und durchaus in der Lage, noch zwei Jahre zu arbeiten, wenn er das wollte. Dietmar Lust plädierte für die Grundsicherung.

er weiterarbeitet oder nicht, bleibe ihm überlassen. Esken sprach sich für den abschlagsfreien Eintritt in die Rente ab 63 aus, wenn bis dahin genügend Versicherungsjahre zusammen gekommen sind. Darüber hinaus für eine Solidarrente von 850 Euro. Niedriglöhne seien für die Altersarmut verantwortlich und müssten gestoppt werden. Urban nannte die Rente mit 67 eine klare Fehlentscheidung, für die es in der Bevölkerung keine Mehrheit gebe. „Was denkt sich die Politik eigentlich dabei, Politik gegen die Mehrheit der Menschen zu machen?“

Beim Thema Eurokrise und Steuerpolitik sprachen sich Esken, Lust und Groll für die Besteuerung höherer Einkommen aus. Günther hingegen fand dies „unnötig und kontraproduktiv“. Urban kritisierte die Steuerpolitik der letzten 20 Jahre. Diese habe große Einkommen gefördert und kleine und mittlere belastet. Das müsse man wieder umdrehen. Er forderte ein Ende der Sozialabbau- und Kaputtspars-



IG Metall-Vorstand Dr. Hans-Jürgen Urban (links) im Gespräch mit dem Moderator der Wahldebatte, Dr. Alexander Dambach.

Ist Rot-Rot-Grün am Ende doch noch opportun?

„Rot-rot-grün oder doch nicht“-hieß eine der Fragen, die den Kandidaten von der Gewerkschaft gestellt wurden. „Wollt Ihr an die Macht oder wollt Ihr es nicht?“ brachte es einer der Fragesteller auf den Punkt. SPD-Frau Esken betonte zwar ihr persönlich gutes Verhältnis zum Linken Franz Groll, eine Koalition sei derzeit aber nicht möglich, weil innerhalb der Linken drei verschiedene Parteien aktiv seien.

Für die Zukunft wolle sie eine Koalition aber nicht gänzlich ausschließen. Lust ernannte die SPD zum Wunschpartner, es gebe bei ihm aber grundsätzlich keine „Ausschlussritis“. Reinhard Günther (FDP) sagte nur, Steinbrück habe da klar Position bezogen und jede Koalition mit den Linken abgelehnt. Groll wehrte sich gegen Behauptungen, in seiner Partei gebe es nur Kommunisten. „Aber der

Steinbrück wird uns nicht wollen.“ Ein Betriebsrat verkürzte die Diskussion. Es seien doch hauptsächlich Sozialdemokraten gewesen, die zu den Linken gegangen seien. Die hätten halt in der SPD bleiben sollen, anstatt sich jetzt darüber zu beklagen, dass keiner mit ihnen koalieren will. Urbans Fazit: Wer zu viel Angst vor zu viel Rot hat, der werde wohl am Ende in ein tiefes, gelb-schwarzes Loch schauen.

